



Wes' Brot man isst, des' Lied man singt – Wer bestimmt künftig die Inhalte der Patientenberatung in Deutschland?

Der Begriff „Patientenempowerment“ zählt zu den häufig gebrauchten Schlagwörtern in der Medizin. Es geht darum, Patienten für gute Entscheidungen in Sachen eigener Gesundheit fit zu machen. Der Weg dorthin? Eine unabhängige, qualitätsgesicherte, kostenfreie Beratung, die wissenschaftlichen Anforderungen standhält.

Im Jahr 2006 wurde in Deutschland die unabhängige Patientenberatung gegründet. Die drei Gesellschafter Sozialverband VDK, Verbraucherzentrale Bundesverband und Verbund unabhängiger Patientenberatung haben sich als Verbund der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland UPD zu einer gemeinnützigen GmbH zusammengeschlossen, die von den gesetzlichen Krankenkassensicherern finanziert wird. Gesetzliche Grundlage ist der §65b des Sozialgesetzbuches 5. Buch. Seit 2006 haben 78 Mitarbeiter der UPD in 21 regionalen Beratungsstellen und einem Bundesbüro etwa 80.000 Anfragen im Jahr beantwortet, telefonisch, persönlich oder per E-Mail, denen durch das unabhängige Forschungsinstitut IGES eine gute Qualität bescheinigt wurde.

Das Gesetz fordert eine Neuausschreibung der Einrichtung nach jeweils sieben Jahren. Wer den Zuschlag erhält, bekommt einen stattlichen Etat von 66,4 Millionen Euro für die nächsten sieben Jahre. Die bisherige UPD wird es nicht sein, soviel steht jetzt schon fest. Als aussichtsreichster Kandidat gilt das Duisburger Unternehmen Sanvartis, ein Anbieter, der mit Beratungsleistungen für Versicherte und Verbraucher

bei Krankenkassen und Unternehmen der Pharmaindustrie unter Vertrag steht. Ein Unding, finden Vertreter der Ärzteschaft, der Selbsthilfe- und Verbraucherverbände. Denn leistungsrechtliche Fragestellungen seien laut Auswertungen des „Monitor Patientenberatung 2014“ der am häufigsten nachgefragte Themenbereich, der außerdem den größten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Es ist anzuzweifeln, dass ein medizinisches Callcenter von Krankenkassen Anfragen zu Konflikten mit Krankenkassen im Sinne des Versicherten unabhängig beantworten kann.

Auch die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates der UPD sind „entsetzt“ über dieses Vorgehen und sehen die Unabhängigkeit und Neutralität der Beratung gefährdet. Nicht so der Vorsitzende des Beirates, der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU), der gegen die UPD polemisiert und bei der Vergabe des Auftrages ein Vetorecht hat. Die UPD hat den Kampf noch nicht aufgegeben und die Vergabekammer des Bundes angerufen und dort ein Nachprüfungsverfahren beantragt. Auch eine öffentliche online-Petition zum Erhalt der UPD wurde bereits von 20.000

Menschen unterzeichnet. Die Entscheidung wird in naher Zukunft fallen.

Unabhängigkeit in der Patientenberatung ist ein hohes Gut, das nun in Gefahr ist. Auch die turnusmäßigen europaweiten Neuausschreibungen des Auftrages tragen nicht zu einer Kontinuität der Beratung bei. Ähnlich wie beim Vorgehen zur Verstärkung der Qualitätssicherung durch das Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen sollte daher auch die Patientenberatung institutionalisiert werden. ■

Ihre
Sylvia Sänger

Quellen:

- http://www.patientenberatung.de/fileadmin/user_upload/UPD_Monitor-Patientenberatung_2014_Zusammenfassung.pdf
- <http://patientenbeauftragter.de/index.php/10-pressemittelungen/patientenrechte/104-aktueller-sachstand-und-weitere-informationen-zur-ausschreibung-der-unabhaengigen-patientenberatung>
- <http://www.der-paritaetische.de/nc/fachinfos/artikel/news/unabhaengige-patientenberatung-deutschland-upd-entsetzen-im-wissenschaftlichen-beirat-ueber-verg/>
- http://www.iges.com/kunden/gesundheit/forschungsergebnisse/2013/patientenberatung/index_ge.html#ZMS_HIGHLIGHT=raw&raw=UPD
- <https://www.change.org/p/unabhaengigkeit-der-patientenberatung-in-gefahr-bewahren-sie-die-unabhaengigkeit-der-upd>